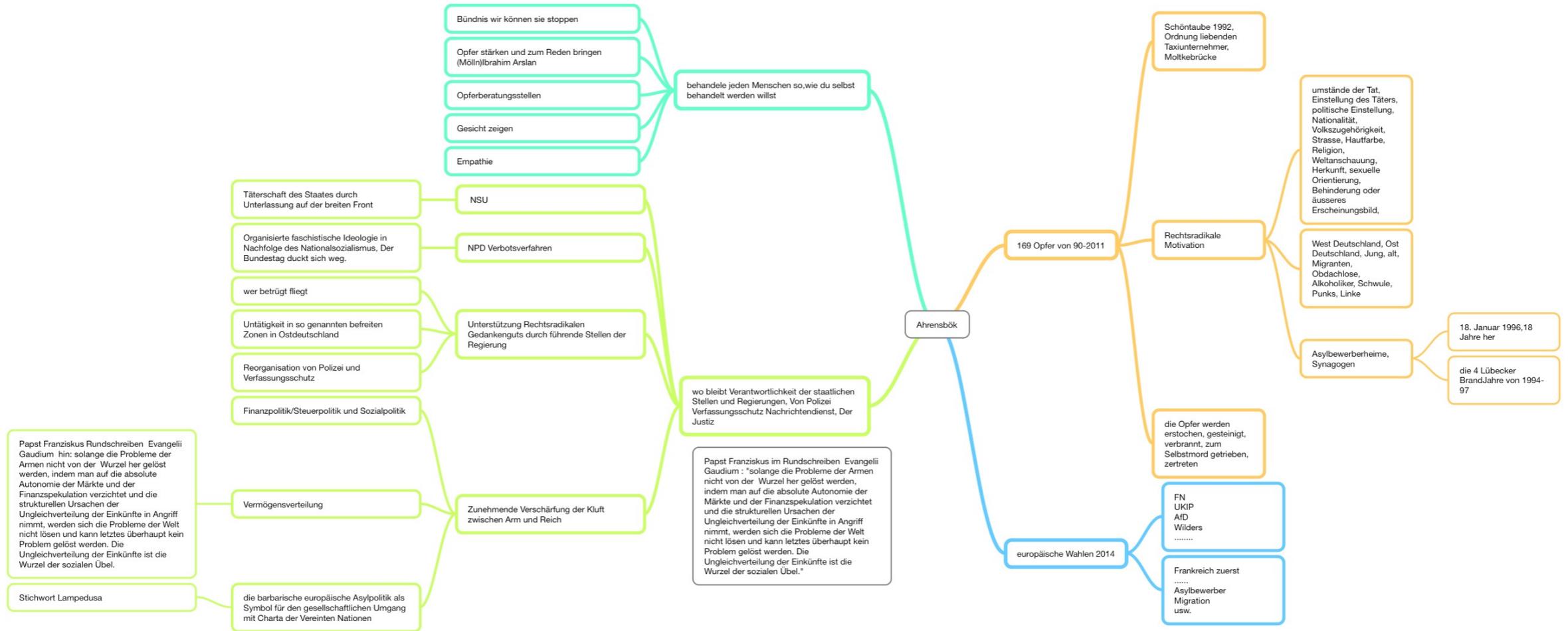


Die europäische Blutspur

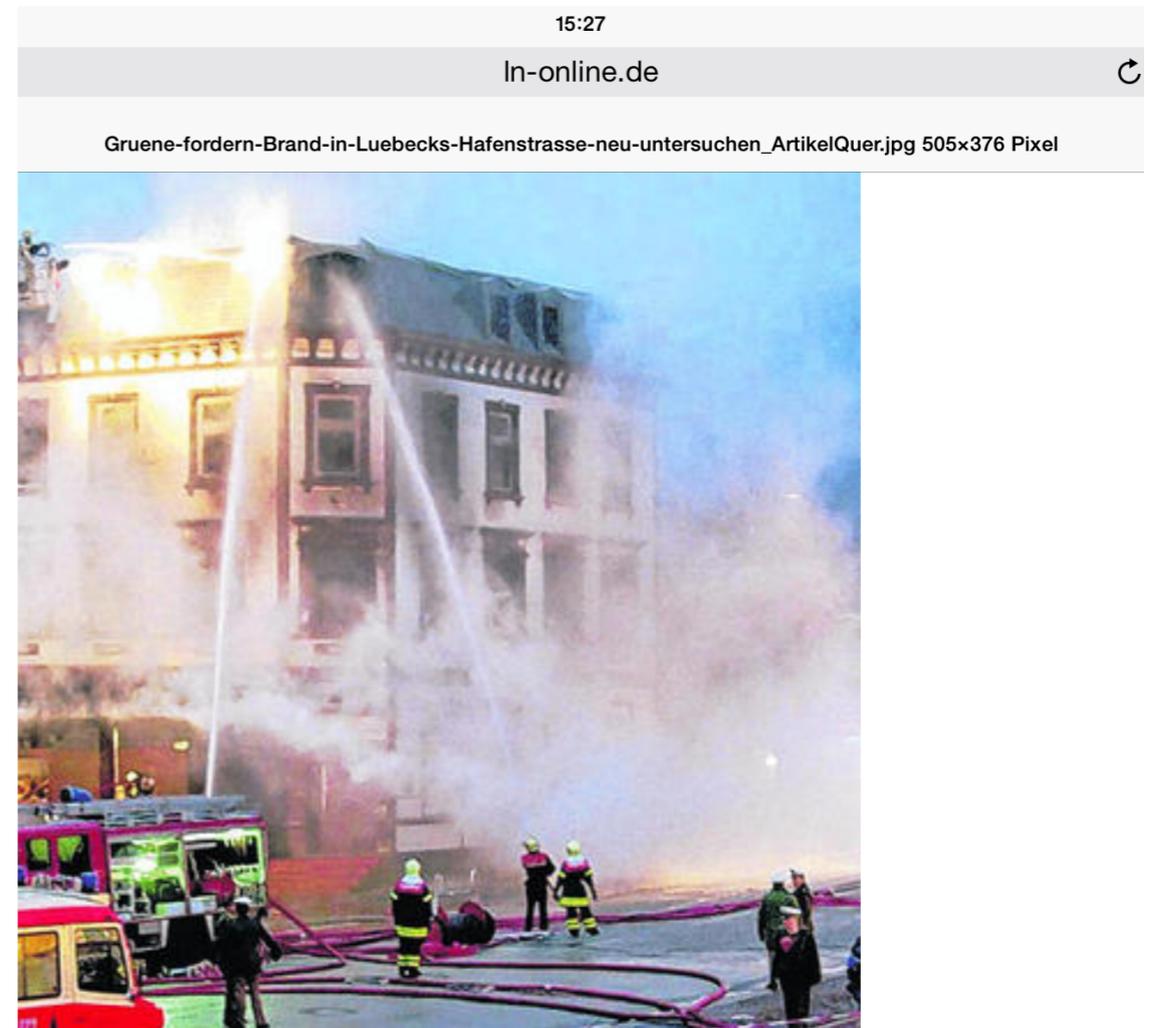
Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus



Brand Hafenstrasse

18.1. 1996

- Lübecker Brandjahre 1994-1997
- 1994 Synagoge
- 1995 Synagoge
- 1996 Hafenstrasse
- 1997 St. Vicelin



ein gutes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement gegen Rechts sind die gesellschaftlich und politischen Aktionen in den Lübecker Brandjahren von 1994-97

- Runder Tisch Synagoge
- Runder Tisch Obdachlosigkeit
- Bau von Schwedensiedlungen
- Gesicht zeigen für Immigranten/Obdachlose usw.

16.01.2014 12:55:13



Die Ausstellung dokumentiert insgesamt 169 Fälle von 1990 bis 2011. Besonderer Dank gilt: den Autorinnen und Autoren der Chroniken sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Textarchive von »Frankfurter Rundschau«, »Der Tagesspiegel« und »Die Zeit«: Heike Kleffner, Frank Jansen, Johannes Radke, Toralf Staudt, Karl-Heinz Baum, Jörg Feuck, Detlef Franke, Michael Grabenströer, Stephan Hebel, Peter Henkel, Iris Hillberth, Bernhard Honnigfort, Astrid Hölscher, Cordula Mäbert, Thomas Maron, Ingrid Müller-Münch, Karsten Plog, Knut Pries, Helmut Schröder, Tobias Singelstein und Andreas Spannbauer; der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt, der Opferberatung der RAA Leipzig, der Mobilien Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus, ReachOut Berlin, dem »Berberinfo«, dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin, dem »Antifaschistischen Infoblatt«, den Bildredaktionen des »Stern« und der »Zeit«, den Fotografen und Angehörigen, die unentgeltlich Fotos der Opfer zur Verfügung gestellt haben sowie subtextnetwork für die Übersetzungen.

Leider konnten nicht alle Urheber der Bilder ermittelt werden.

»Der Tagesspiegel« und die »Die Zeit« sowie Recherchen von der Kulturwissenschaftlerin Julia Stegmann zugrunde. Weder diese Chronik noch andere Listen sind jedoch vollständig. Es gibt viele Zweifelsfälle, und die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte höher liegen.

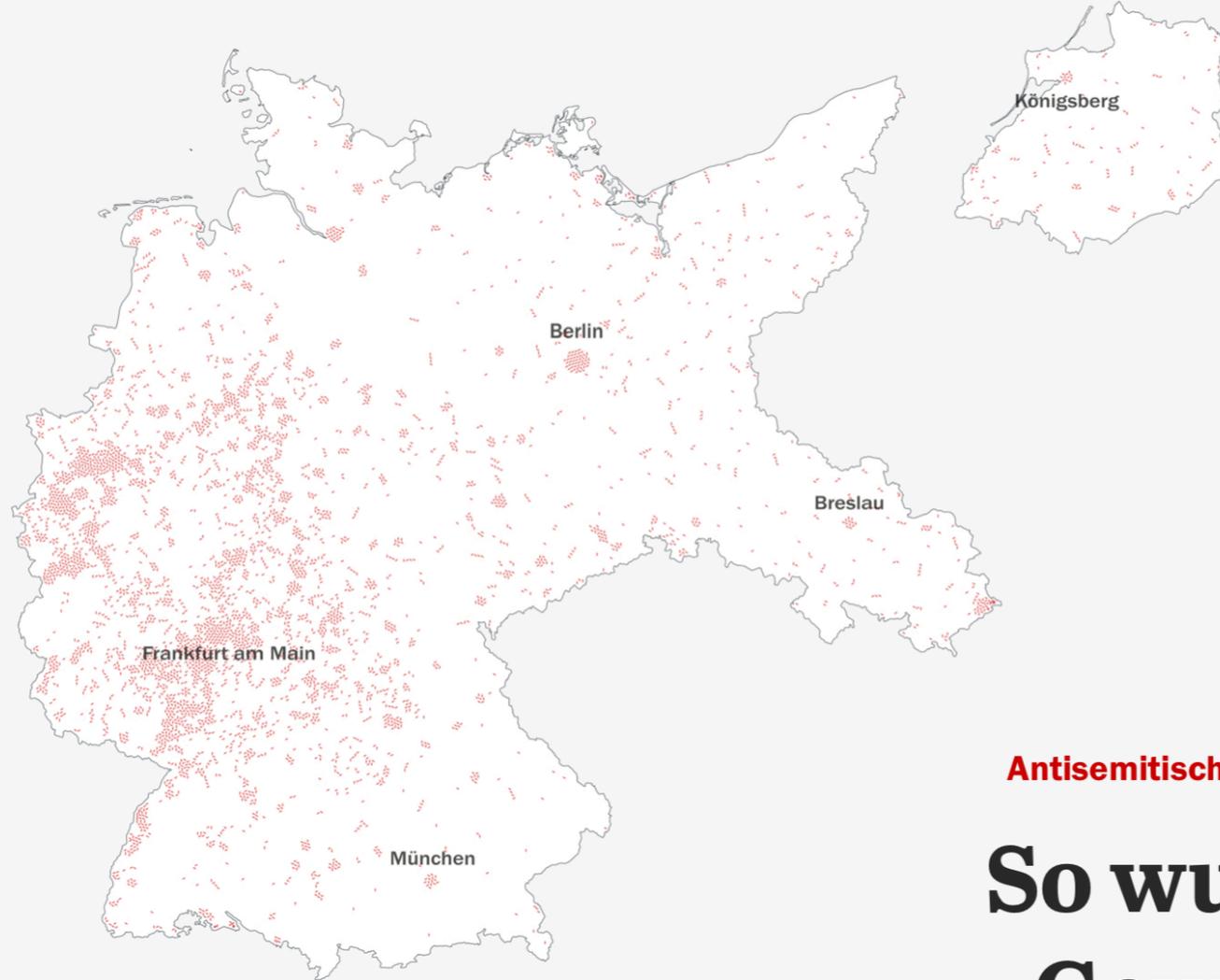
Diese Ausstellung ist eine fünfte Fassung. Sie wurde zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vereins Opferperspektive und im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2012 überarbeitet. Erfasst wurden dabei jene Todesfälle, bei denen der Tat von Zeugen oder der Polizei eine rechte Tatmotivation zugeschrieben wurde und wenn in den Tatumständen Feindbilder gegen gesellschaftliche Gruppen erkennbar eine bestimmende oder eskalierende Rolle spielten. Zentral war der Nachweis einer rechten Tatmotivation.

Die Ausstellung dokumentiert insgesamt 169 Fälle von 1990 bis 2011. Besonderer Dank gilt: den Autorinnen und Autoren der Chroniken sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Textarchive von »Frankfurter Rundschau«, »Der Tagesspiegel« und »Die Zeit«.

1990-2020: Mindestens 208 Todesopfer Rechter Gewalt

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/>

Tagesspiegel v.26.8.2020
Ausstellung im jüdischen
Museum



Antisemitische Übergriffe 1930-38

So wurde die Gewalt zum Flächenbrand

Ein Forschungsprojekt hat Tausende Gewalttaten gegen jüdisches Leben in Deutschland belegt. Die interaktive Karte zeigt, wie früh die Übergriffe begannen.

diagnostizierten Diabetes.

Abschlussbericht und Ergebnisse des Bundestagsausschusses [\[Bearbeiten\]](#)

Am 22. August 2013 legte der Bundestagsausschuss einen 1357-seitigen Abschlussbericht vor.^{[46][47]}

1. Fehler in den Ermittlungen: Zum Beispiel mangelhafte Vorbereitung und Durchführung der Durchsuchungen in Jena am 26. Januar 1998, „diverse fachliche Defizite“ wie fehlende Anfragen, mangelnde Auswertung von Hinweisen, und eine „Überzeugung, dass Organisierte Kriminalität der Hintergrund der Taten gewesen sei“.
2. Fragwürdige Ermittlungsmethoden der Staatsorgane: Zum Beispiel wurden V-Männer als Journalisten eingesetzt.
3. Falscher Umgang mit den Angehörigen der Opfer: „Angehörige wurden verdächtigt, die Taten selbst in irgendeiner Weise mit verursacht zu haben.“, „Geschwister der Mordopfer waren bei den Vernehmungen der Eltern als Übersetzer tätig.“
4. "Unbestreitbares Versagen" des Verfassungsschutzes: Die Analysen seien „falsch und grob verharmlosend“ gewesen mit „fataler Unterschätzung und Bagatellisierung [des Trios] Gefahrenpotenzial[s]“
5. V-Personen: „Aufwand und Ertrag des Einsatzes von V-Personen zur Aufklärung einer von Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahr standen (...) in keinem Verhältnis.“
6. Keine Hinweise auf Beteiligung von Behörden: Der Ausschuss fand keine Hinweise darauf dass Behörden den NSU gebilligt oder unterstützt hatten, mit Ausnahme der Verwendung der V-Personen.
7. Rolle der politisch Verantwortlichen: „Diverse Fehler und Versäumnisse, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit“: Zum Beispiel ließ sich der damalige bayerische Innenminister [Günther Beckstein](#) (CSU) trotz seiner Vermutung nach ausländerfeindlichem Hintergrund mit der Antwort der Polizei abspeisen, dass es „derzeit keine Anhaltspunkte dafür [gebe]“. Der nordrhein-westfälische Innenminister [Fritz Behrens](#) (SPD) und damalige Bundesinnenminister [Otto Schily](#) (SPD) hatten sich nicht näher mit den Hintergründen des Nagelbombenanschlag in Köln beschäftigt. Auch der nachfolgende Innenminister [Wolfgang Schäuble](#) (CDU) zeigte „kein Interesse für die Ermittlungen in der „Česká“-Mordserie, beauftragte das Bundeskriminalamt 2006 trotz Anbitter nicht mit der zentralen

Das Versagen der Verantwortlichen

Abschlussbericht NSU 2013

Asylrechtsänderung 26.Mai 1993

**Vorbereitung durch Petersberger Treffen 1992 unter
Engholm**

Ergebnisse der Änderung:

Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wird und in Deutschland Asyl suchen will, muss also direkt mit dem Flugzeug kommen, um überhaupt eine Chance zu haben.

Dadurch sank die Zahl der Asylbewerber rapide. 1992 gab es noch über 430 000 Anträge, 2011 nur noch rund 45 000.

vorläufiges Ende die Barbarei in und vor
Lampedusa

das Dublin II Abkommen abschaffen



Das Dublin II-System muss umgehend abgeschafft werden!

Keine Abschiebungen ins soziale Elend an den Rändern Europas!

Asylsuchende müssen dort Schutz suchen dürfen, wo sie möchten!

Für ein Europa, das Willkommen heißt.

Im Folgenden kurze Eindrücke aus den verschiedenen Städten:

Berlin:



In Berlin Tegel protestierten gut 150 Personen, verteilt auf eine Kundgebung direkt vor dem Haupteingang des Terminals A und ca. 20 Personen im Inneren des Gebäudes. Die Kundgebung draussen brachte mit vielen und

langen Transpis und vielen Redebeiträgen die Inhalte des Aktionstages an die vorbeieilenden Passagiere – Transpis unter anderem gehalten von Bolzenschneider_innen auf Stelzen und Redebeiträge unter anderem gehalten von Menschen die von einer Dublin-II-Abschiebung bedroht sind. Drinnen war es ruhig und klein aufgrund strenger Auflagen. Aber gerade das, und eine Performance des Gring Theaters von Leuten, die in Plastik Gewebetaschen sitzen und stumm ihr

wur-
der
kürz-
vegen
. Der
inem
Hals-
fen –
g ver-
weier
: Sie
, eine
Rück-
risten
ll

m
lgen
n-
g ge-
s Op-
r
zei
en
nt
khei-
nun

ahn-
i4
her
se“
rigen
n-
de-
Den-

Demonstration am 2. Oktober
Hunderte Bürger mit den Flücht-
lingen solidarisiert. Sebastian Lei-
erseder von „noborderffm“, der
die Demo mitorganisiert hat, er-
klärt, warum eine neue Flücht-
lingspolitik nötig ist.

**In Hamburg warten 300 Flücht-
linge aus Lampedusa auf Asyl,
eine evangelische Gemeinde in
der Nordweststadt hat nun 22
Lampedusa-Flüchtlinge, die ur-
sprünglich aus Westafrika kom-
men, aufgenommen. Was kön-
nen Städte wie Hamburg oder
Frankfurt im Rahmen einer
Flüchtlingspolitik tun?**

Würde der Hamburger Senat die
300 Flüchtlinge nach Paragraph 23
des Aufenthaltsgesetzes anerken-
nen, würde ihnen das eine ganz
andere Perspektive in Deutsch-
land eröffnen. Ob die Polizei ge-
setzeswidrig „Racial Profiling“
betreibt ...

**... also Menschen mit Migrati-
onshintergrund stärker kontrol-
liert ...**

... das wird in Hamburg regional-
politisch entschieden. Städte und
Landkreise haben die Möglich-
keit, die Residenzpflicht durchzu-
setzen – oder nicht. Sie sind auch
verantwortlich für die Unterbrin-
gung in angemessenen Wohnun-
gen oder isolierten Heimen.

**Wie könnte eine andere Flücht-
lingspolitik der Europäischen
Union aussehen?**

Der Tod von mehr als 360 Flücht-
lingen vor Lampedusa war keine
Natur-, sondern eine politische
Katastrophe. Sie hat gezeigt, dass



Sebastian Leierseder auf einer Demonstration.

ANDREAS ARNOLD

möchten, und nicht nur in dem
Land, das sie zuerst betreten ha-
ben.

**Also sollte das Dublin-II-Abkom-
men, das dies regelt, überdacht
werden?**

Dublin II gehört abgeschafft. In
Ländern wie Griechenland und
Italien können Flüchtlinge nicht
mit Unterstützung durch den
Staat rechnen. Die Zukunft ist ih-
nen komplett verbaut. Ein freier
Zugang zu Europa bedeutet auch,
die Grenzagentur Frontex mit ih-
ren aus unserer Sicht oftmals ras-
sistischen Kontrollen abzuschaf-
fen.

**Was kann die Bundesregierung
tun?**

Deutschland sollte die Residenz-
pflicht und das Arbeitsverbot für
Flüchtlinge abschaffen. Auch
Gutscheine und Lebensmittelpa-
kete für Flüchtlinge bringen
nichts. Flüchtlinge sollten das be-
kommen, was auch Arbeitslosen
in Deutschland durch die Sozial-
gesetze zusteht. Es geht darum,
Migranten genauso zu behandeln
wie Menschen mit deutschem
Pass.

**Wie können Bürger sich solida-
risch mit Flüchtlingen zeigen?**

Man muss die Isolation durchbre-
chen, auf die Menschen zugehen,
mit ihnen reden, Kontakt knüp-
fen, Freundschaften eingehen. Al-
les andere ist eine logische Folge
daraus. Wer Freunde hat, die von
Abschiebung bedroht sind, wird
sich für sie einsetzen.

Interview: Florian Leclerc

Jede Demokratie zählt

zung gegenüber den Fremden und Schwächeren.

LN: *Wie können wir da Abhilfe schaffen?*

Heitmeyer: Anerkennung ist das Schlüsselwort. Jugendliche brauchen eine Antwort auf die Frage: Wer braucht mich? Wenn Jugendliche in der Familie, in der Schule keine Anerkennung mehr finden, suchen sie sich die in Gruppen, die ihnen Status, Prestige vermitteln. Es geht in dieser Gesellschaft darum, sich durchzusetzen, der Stärkere zu sein. Negative Anerkennung ist ihnen immer noch wichtiger als gar keine. Notfalls wenden Jugendliche eben Gewalt an. Wer zu wenig Anerkennung bekommt, bei dem sinkt auch die Hemmschwelle zur Gewalt. Später am Stammtisch und im Sportverein werden dann derbe Sprüche geklopft.

LN: *Was heißt das für die Bekämpfung des gewalttätigen Rechtsextremismus?*

Heitmeyer: Repression bei Straftaten ist wichtig, um Leben zu schützen. Aber das allein greift viel zu kurz. Man muss an mehreren Stellen ansetzen, am Anfang der Entwicklung, nicht am Ende. Jugendliche brauchen positive Anerkennung, in der Familie, in der Schule, in den Problem-Stadtteilen. Die Stadtgesellschaft muss insgesamt mobiler werden. Die Eliten, die wirklich Einfluss haben in einer Stadt, müssen stärker ran, um für ein anderes Klima zu sorgen.

LN: *Wer genau muss denn da aktiver werden?*

Heitmeyer: Die Unternehmer, die Clubs, das sind die Mächtigen in einer Stadt. Denn die Kommunalpolitiker, das wird immer deutli-

cher, sind ja nicht die wirklich Einflussreichen. Und schon gar nicht die Sozial- oder Jugendpolitiker. Sie sind gutwillig, aber zu sagen haben sie nichts, so brutal ist das. Menschen in belasteten Stadtteilen müssen das Gefühl bekommen, eine Stimme zu haben, gehört zu werden. Man muss ihnen gegenüber andere Handlungsmuster entwickeln. Stattdessen kommen Politiker auf die Idee, das Wahlalter abzusenken. Das ist doch kein jugendspezifisches Handeln.

LN: *Und was halten Sie von den Demonstrationen und Lichterketten gegen Rechtsextremismus?*

Heitmeyer: Zur Selbststabilisierung, zum Mut machen mag das wichtig sein. Es hält nur nicht lange vor. Und die Neonazis lachen sich darüber halb schlapp. Im rechtsextre-

men Lager werden Strukturen geschaffen. Und die Gesellschaft antwortet auf diese Kampagnen.

LN: *Aber die Bundesregierung hat doch gerade ein Bündnis für Demokratie und Toleranz ins Leben gerufen.*

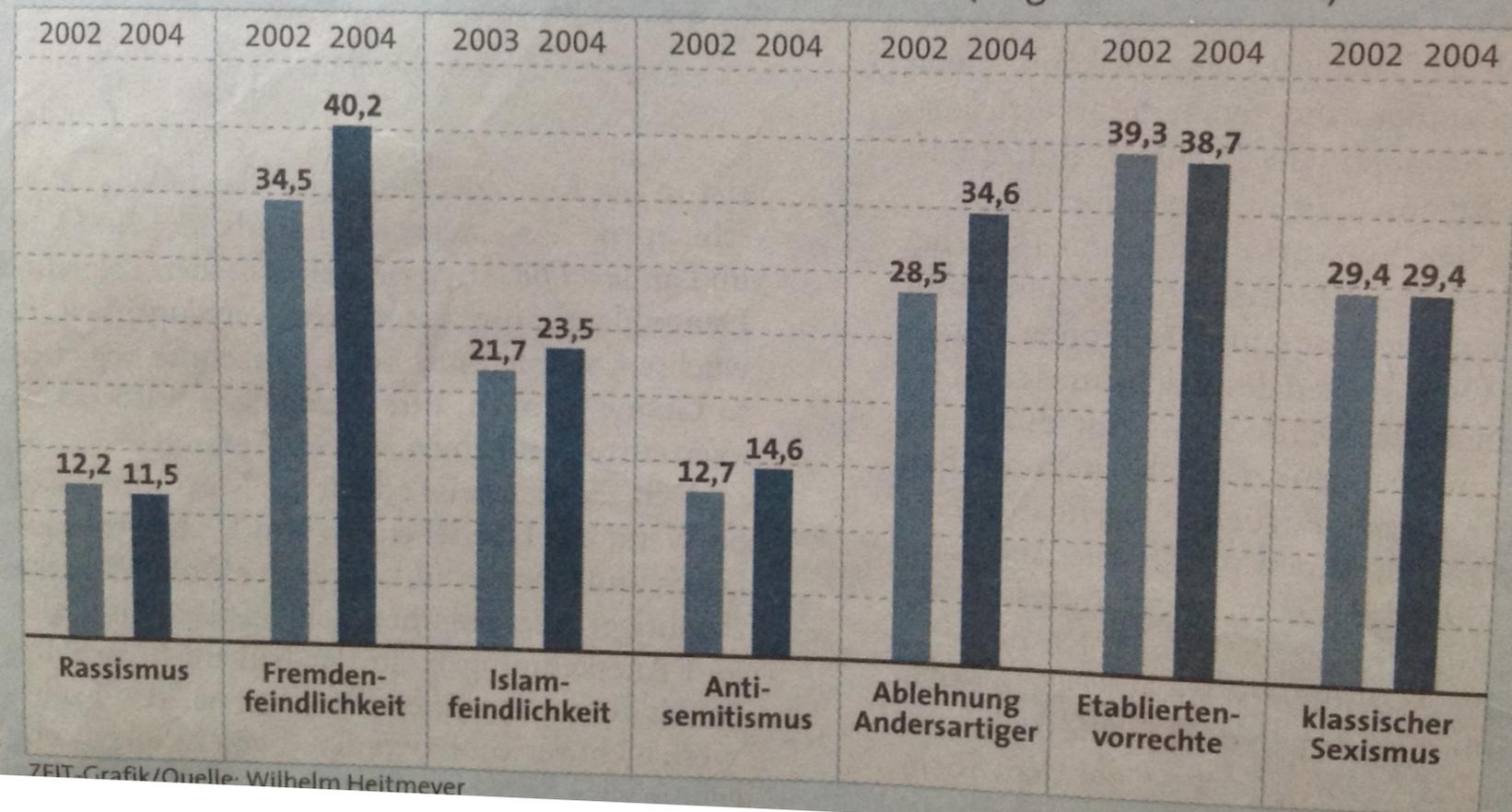
Heitmeyer: Dies ist mir vor allem ein Etikettenschwindel. Ich war bei den Beratungen dabei und habe erlebt, wie leer das alles ist. Es ist keine Bewegung von unten, aus dem Volk heraus.

LN: *Sie beschäftigen sich seit 17 Jahren mit dem Thema. Haben Sie die Geduld der Politik verloren?*

Heitmeyer: Die Bilanz ist die Reaktion eines großen Teils der politischen Eliten und wichtiger gesellschaftlicher Gruppen ist deprimierend. Auf der politischen Ebene fängt die Debatte im

Deutschlands Typologie der Menschenfeindlichkeit

Die Umfragen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung weisen auf unterschiedliche Formen gruppenbezogener Ablehnung hin. Die Feindseligkeit, ohnehin schon stark, nimmt weiter zu (Angaben in Prozent)



Formen gruppenbezogener Ablehnung

Die Zeit 2.12.2004



12.12.2011

DISKRIMINIERUNG

Die Gesellschaft ist vergiftet

Von Demmer, Ulrike und Kurbjuweit, Dirk

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer, 66, Verhältnis der Deutschen gegenüber Minderheiten und menschenfeindliche Eliten im Kapitalismus

SPIEGEL: Professor Heitmeyer, Sie untersuchen seit zehn J Zustand der Deutschen. Wie geht es uns?

Heitmeyer: Nicht besonders gut. Die zunehmende soziale S zersetzt das Miteinander, die Gesellschaft ist vergiftet. Sozia Desintegration ist gefährlich, insbesondere für schwache Gru Erhebliche Teile denken, sie seien mehr wert als andere. Nui leistet, wer nützlich ist, wer effizient ist, zählt etwas.

SPIEGEL: War das nicht schon immer so?

Heitmeyer: Ja, aber das ökonomische Prinzip, das in der W seine Berechtigung hat, ist mehr und mehr in das Denken e und hat sich in den Wohnzimmern, Schulen und sozialen Be eingemischt. Diese Ökonomisierung der Bewertung von Mens unmenschlich. Zuwanderer, Obdachlose, Langzeitarbeitslose all diese Menschen sind nach diesen Maßstäben weniger wer

SPIEGEL: Ist das in Deutschland wirklich schlimmer als an

Heitmeyer: Auch in Deutschland ist Statusdenken weit ver aktiviert insbesondere in Krisenzeiten eine Spirale der Abwe Angst vor dem Abstieg hat, wer befürchtet, morgen nutzlos

zu sein, der wird Schwächere abwerten, um sich damit zu h



< Momente

3 von 3

Bearbeiten

Heitmeyer: Ja, aber das ökonomische Prinzip, das in der Wirtschaft seine Berechtigung hat, ist mehr und mehr in das Denken eingedrungen und hat sich in den Wohnzimmern, Schulen und sozialen Beziehungen eingemischt. Diese Ökonomisierung der Bewertung von Menschen ist unmenschlich. Zuwanderer, Obdachlose, Langzeitarbeitslose, Behinderte, all diese Menschen sind nach diesen Maßstäben weniger wert.

der zunehmende Erfolg der rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa?

Vermutlich aus einer wachsenden Distanz zwischen Teilen der Bevölkerung und den etablierten Parteien. Wir müssten vielleicht erst einmal darüber sprechen, was „rechts“ eigentlich ist. Denn nicht jede Partei, die bestehende Zustände auf europäischer Ebene kritisiert, ist deshalb automatisch als rechte Partei zu bezeichnen. Das „rechts“ bezieht sich auf die frühere Haltung dieser Parteien, die ganz klar ausländerfeindlich und einwanderungsfeindlich ist. Zu diesem Standardrepertoire haben sie in den letzten 20 Jahren und mit ansteigender Intensität Europaskepsis hinzugefügt.

Was diese Parteien stark macht, ist also nicht Ausländerfeindlichkeit, sondern die Zunahme der Europaskepsis in der Bevölkerung?

Ich würde sogar sagen, hätten sie nicht diese rechtslastige Einstellung, diese Verbindung zur organisierten rechtsextremen Szene, diesen teils faschistoiden Hintergrund, wären sie noch stärker. Was diese Parteien aber über das rechte Weltbild hinaus ausmacht, ist die geschürte Abneigung gegen „die da oben“, gegen das politische Establishment. Das ist bis in die frühen 90er Jahre das nationale politische und kulturelle Establishment gewesen. Heute ist es das in Brüssel.

Weshalb die Führer der rechtspopulistischen Parteien sich gern als politische Außenseiter gerieren.

Genau. Diese politischen Unternehmer, denken wir an Le Pen, an Wilders, an Haider, geben sich



Heinz-Christian Strache. RTR



Gabor Vona. RTR



Marine Le Pen. AFP

„Es gibt kein Patentrezept“

Politikforscher Karsten Grabow über den richtigen Umgang mit rechten Parteien und die Gründe für deren Erfolg



Nikolaos Michaloliakos. RTR



Geert Wilders. DPA



Nigel Farage. DPA

Karsten Grabow vertritt zurzeit den Lehrstuhl für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.



Er ist Co-Autor der Studie „Europa – Nein Danke?“ zum „Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa“, die im Dezember 2013 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht wurde. FR

Teilen ihrer klassischen Basis verloren, und zwar durch eine von der Spitze her sehr liberal gedachte Einwanderungspolitik, die im klassischen Arbeitermilieu zu einer totalen Frustration geführt hat. An diesem Rand sind viele Linksparteien in Europa ausgefranst, weil große Teile ihrer ehemaligen Wählerschaft jetzt diese rechtspopulistischen Parteien wählen.

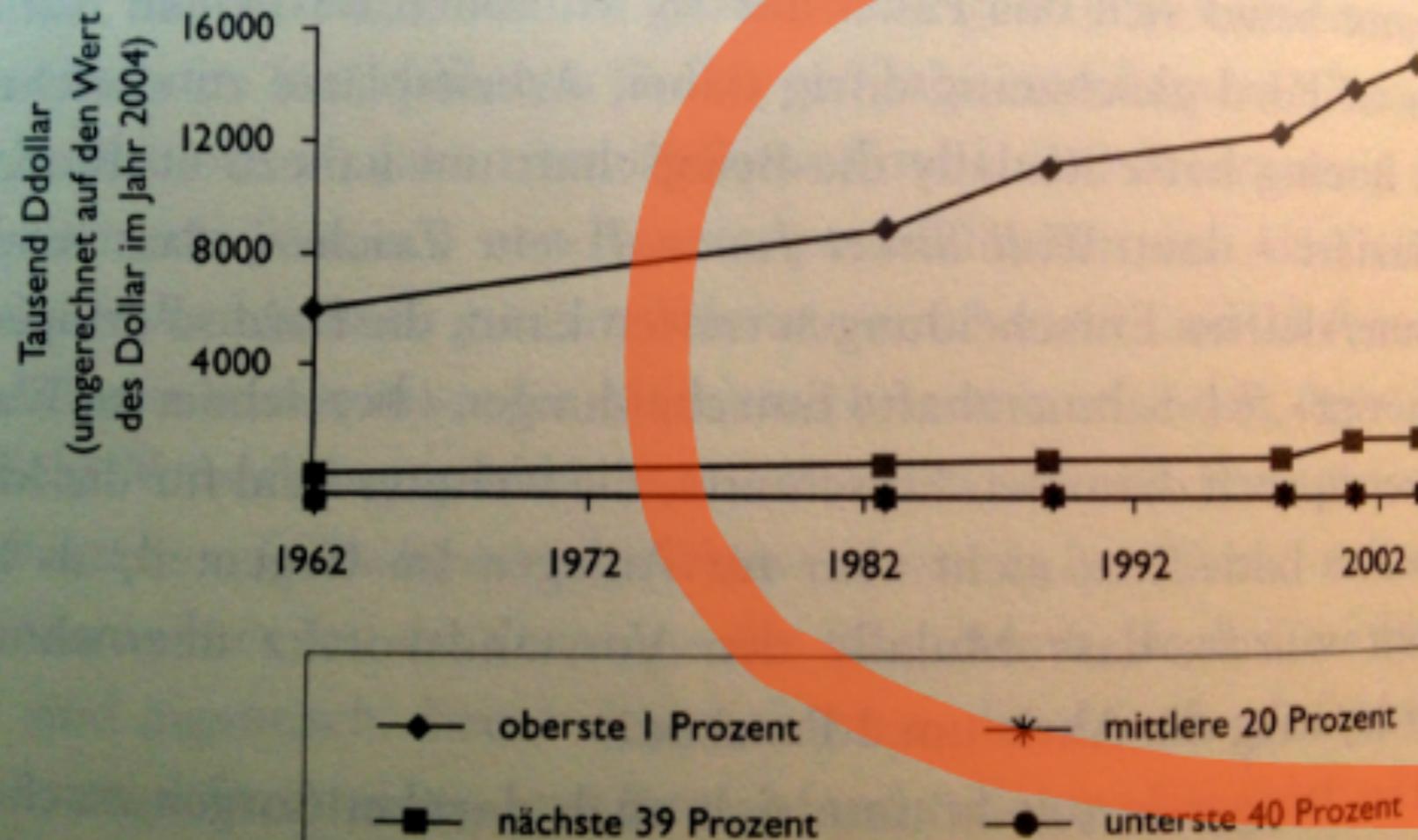
Die etablierten Parteien hatten gehofft, dass sich die Rechten selbst desavouieren, wenn sie erst einmal in Parlamenten sitzen und den politischen Alltag mitgestalten müssen. Kann das funktionieren?

Das Musterbeispiel dafür war die Koalition der ÖVP in Österreich mit der FPÖ von 2000 bis 2002. In dieser Zeit hat die FPÖ an Rückhalt verloren, und dadurch wurde die Legende geboren, man könnte die Rechtspopulisten entzaubern, indem man sie zwingt, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das ist natürlich riskant. Damit werden natürlich

Europas Rechte

Frankreich,.....zuerst

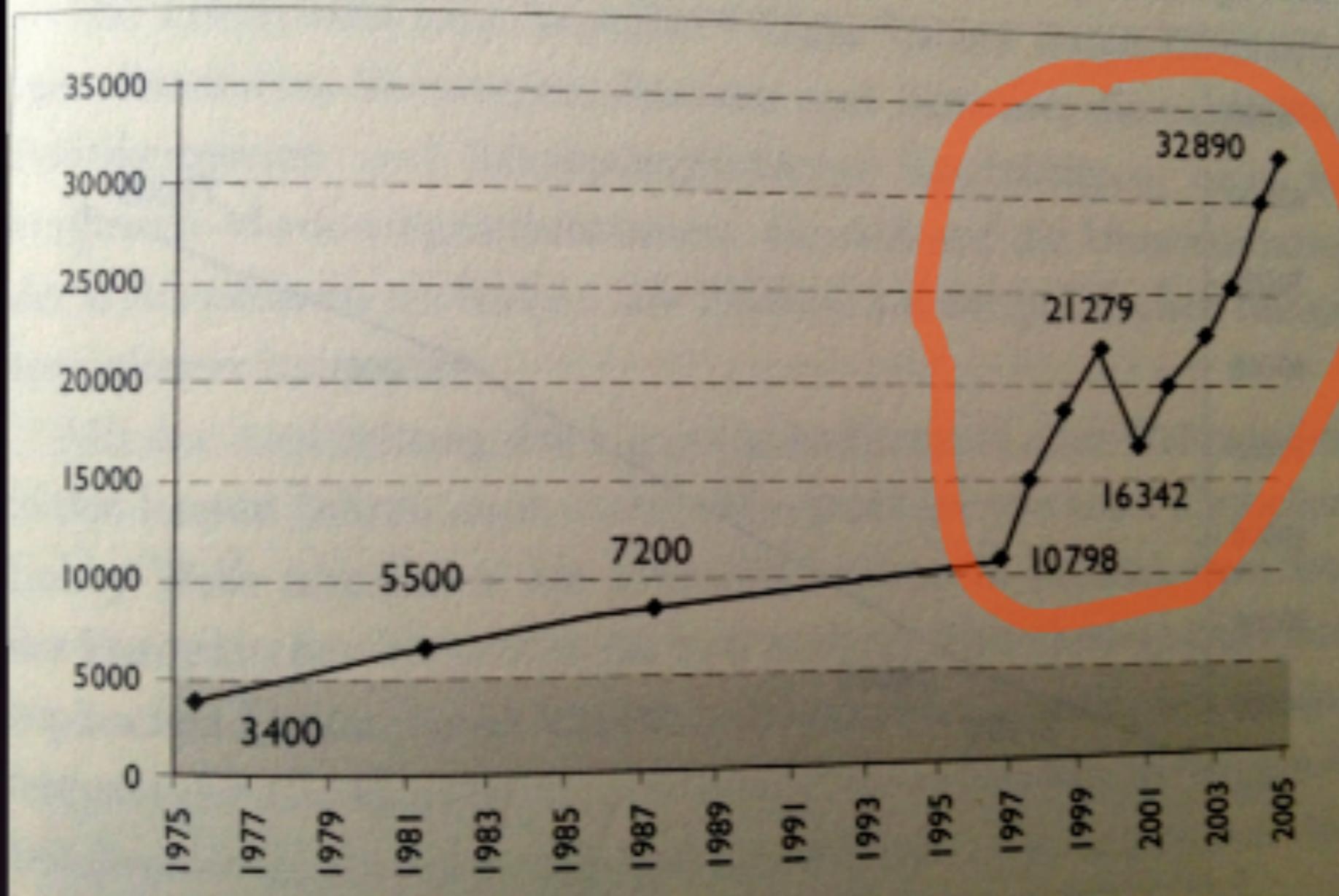
Grafik 3.6: Durchschnittliches Haushaltseinkommen nach Einkommensgruppe, 1962 bis 2004⁴⁶



Reichtum/Armut

USA/EU....

Graphik 4.2: Zahl der eingetragenen Lobbyisten in Washington DC⁷



Reichtum und Steuerung
der Regierungspolitik
USA als Beispiel

"Schäbiges Raubgesindel"



Jean Ziegler ist Soziologe, ehemaliger Abgeordneter im Schweizer Parlament, ehemaliger Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung, ehemaliges Mitglied der UN-Task-Force für humanitäre Hilfe im Irak. Heute ist er Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats. (Foto: DPA/DPAWEB)

Profit über alles: Für Jean Ziegler ist der Hunger in der Welt die Folge grenzenloser Habsucht räuberischer Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals und der Weltwirtschaftsordnung. Alles nicht neu. Doch bemerkenswert in seinem aktuellen Buch über "die Massenvernichtung in der Dritten Welt" beschrieben.

ANZEIGE

Von *Karin Steinberger*

Diskutieren

Versenden

Drucken



Nein, ein feinfühlicher Philosoph ist Jean Ziegler nicht. Er argumentiert brachial, er peitscht die Truppen immer in eine Richtung, mit viel Tamtam und unkomplizierten Parolen. Dem Feind entgegen.

Faszinierend bei all dem ist seine über Jahre anhaltende Wut. Faszinierend ist auch, wie einfach die Dinge sein können: Da ist das Gute, dort das Böse, da ist der Fehler, da der Auslöser, da der Hebel, an dem man den Lauf der Dinge umlegen könnte. Alles ist erklärbar, vieles bekannt: die Ausgangslage,

20000 sterben im Mittelmeer

GASTBEITRAG

Europa sollte sich schämen

Der 20. Juni ist der Tag, an dem die Vereinten Nationen an die dramatische Situation der Flüchtlinge in der Welt erinnern. Aber ein Tag des Erinnerns, das ist wohlfeil. Wir brauchen vielmehr endlich überfällige grundlegende Veränderungen in der europäischen und deutschen Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Zu Recht hat Navid Kermani in seiner Rede zur Feierstunde 65 Jahre Grundgesetz im Deutschen Bundestag betont, dass mit der Veränderung des Grundgesetzes 1993 dem Recht auf Asyl sein Inhalt und dem Artikel 16 seine Würde genommen wurde, dass die sogenannte „sichere Drittstaatenlösung“ eine folgenreiche fatale Entscheidung der breiten Mehrheit des Deutschen Bundestages war. Wie viele andere war auch ich bereits damals der Auffassung, dass faktisch das Asylrecht des Grundgesetzes ausgehöhlt wurde. Die reale Entwicklung hat genau dies gezeigt.

Die Art, wie Europa mit den Flüchtlingen umgeht, die aus Afrika kommen und sich zum Teil aus Syrien über die afrikanischen Küsten nach Europa retten wollen, ist eine Katastrophe. Sie widerspricht allen humanen europäischen Werten. In den vergangenen Jahren sind mehr als 20000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit und unter den Radarschirmen der Militärflugzeuge, die das Mittelmeer zu Tausenden überflogen. Die Antwort über lange Zeit war: Kumpanei mit Gaddafi, Frontex und Abwehr. Es bedurfte erst der zutiefst menschlichen und politischen Geste von Papst Franziskus auf Lampedusa, um aufzurütteln.

Zu den notwendigen grundlegenden Änderungen gehören eine Veränderung der europäischen Asylregelungen, die schnellere, unbürokratische Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen, ein Umdenken in der Migrationspolitik und natürlich: die Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht der Flüchtlinge. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR gibt es weltweit 45,4 Millionen Flüchtlinge; 60 Prozent aller Menschen, die fliehen, fliehen in Nachbarländer, das heißt in Entwicklungsländer. Die Ärmeren tragen auch den größten Teil der Migrationslast. Die Weltkommission zur Internationalen Mi-

Die Art, wie die EU mit Flüchtlingen umgeht, widerspricht allen humanitären Werten.

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul



gration schlug bereits 2005 eine „temporäre oder zirkuläre Migration“ vor, das heißt, die legale Möglichkeit zur Zuwanderung für eine befristete Aufnahme von Arbeit. Im Oktober 2013 empfahl auch der High Level Dialogue on International Migration and Development auf Einladung von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eine derartige Möglichkeit. Es braucht eine legale europäische Regelung für Menschen, die über einen bestimmten Zeitraum in ein europäisches Land zur Aufnahme von Arbeit migrieren möchten. Ich kenne alle Probleme, die damit verbunden sind: Die Frage der Sprache, der tatsächlichen Rückkehr ins Heimatland nach dem vertraglich vereinbarten legalen Aufenthalt et cetera. Aber wer entsprechende Möglichkeiten nicht schafft, wird weiter „illegale Einwanderung“ hinnehmen oder „Hochsicherheitstrakte“ auf der afrikanischen Seite, um Flüchtlinge abzuwehren, oder aber den Tod Tausender Flüchtlinge in oder am Mittelmeer.

Für Hochqualifizierte bestehen ja bereits jetzt nach Deutschland gute Zuwanderungsmöglichkeiten.

Fluchtursachen bekämpfen – ja. Aber zum Teil wird genau die gegenteilige Politik gegenüber Afrika betrieben, die dazu notwendig wäre. Ein Beispiel ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union. Bisher wird nur über die Auswirkungen in un-

seren Industrieländern gesprochen. Aber niemand diskutiert die Frage, wie negativ sich dieses Freihandelsabkommen auf den Kontinent Afrika auswirken wird, der bisher ganze 2,2 Prozent Anteil am Welthandel besitzt.

Bezogen auf die Politik brauchen wir eine Änderung des EU-Asylsystems, so dass Asylbewerber und Flüchtlinge nach einem bestimmten Quotensystem auf die EU-Länder verteilt werden können. Für Bürgerkriegsflüchtlinge ist endlich eine unbürokratische Aufnahme zum Beispiel der Flüchtlinge aus Syrien notwendig. Ein Land wie der Libanon, mit rund fünf Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen, hat eine Million Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Da sollten sich die europäischen Länder schämen! Niemand erwartet von den EU-Mitgliedsstaaten Unmögliches. Aber die Verwandten von hier in Deutschland lebenden Syrern ohne bürokratische Konditionen schnell aufzunehmen, wäre das Allermindeste.

Der High Level Dialogue on International Migration and Development machte in seiner Beschlussfassung vom Oktober 2013 zwei weitere Vorschläge, die wir auf Bundesebene verwirklichen sollten:

Er forderte, Partnerschaften in unseren Ländern zu bilden zwischen Zivilgesellschaft, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und Regierungsvertretern, um Flüchtlinge und Migranten vor Diffamierung zu schützen und für ihre Rechte einzutreten. Und um Hilfsnetzwerke auch für „gestrandete Migranten“ zu schaffen. Dies ist gerade wegen der Agitation der Rechten eine besondere Verpflichtung.

In der Nachfolgeregelung der Entwicklungsagenda, nach dem Jahr 2015 mit der Perspektive bis 2030, sollen zudem die Themen der Migration integriert werden. Ein Punkt, der in der Öffentlichkeit noch keinerlei Beachtung gefunden hat.

Ja, Afrika ist ein Zukunftskontinent. Aber tragen wir auch dazu bei, dass Europa zu Recht ein Kontinent der Hoffnung bleibt.

Heidemarie Wieczorek-Zeul war Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist Vorsitzende des Forums „Eine Welt“ der SPD.

Die Woche

vom 30. bis 5. Juni 2019

2014 stellte die EU die Seenotrettungsmission Mare Nostrum ein. Als die Zahl der im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlinge daraufhin anstieg, unterstützten EU-Staaten die libysche Küstenwache mit Schiffen und Schulungen; seither brachten libysche Boote etwa 40.000 Geflüchtete zurück in die Haftlager an der Küste. Menschenrechtsanwälte zeigten die EU wegen dieser Kooperation nun beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag an. Omar Shatz und Juan Branco werfen der EU vor, dass ihre Politik seit 2014 zum Tod von mehr als 14.000 Menschen und zur Folter Zehntausender führte. Die Staatsanwaltschaft solle ermitteln, wer für diese Entscheidungen verantwortlich war. *Elsa Koester*



Papst Franziskus in seinem beinahe zeitgleich publizierten Apostolischen Rundschreiben „Evangelii Gaudium“ auf deren gesellschaftliche Ursachen hin: „Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden. Die Ungleichverteilung der Einkünfte ist die Wurzel der sozialen Übel.“¹⁰ Nicht in Armut leben zu müssen, bildet für das Oberhaupt der katholischen Kirche ein Gebot der Menschenwürde. Darauf gilt es unverdrossen hinzuweisen.



Literaturempfehlung



+++ bitte weiterleiten +++ bitte weiterleiten +++ bitte weiterleiten

Lübecker Ratschlag gegen Rassismus und Neofaschismus

Sonntag, 6. April 2014
15.00 Uhr – 19.00 Uhr
DGB-Haus, Holstentorplatz 1-5, Raum 3/4

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem die alljährlichen Naziaufmärsche in Lübeck glücklicherweise der Vergangenheit angehören, lädt das Bündnis „Wir können sie stoppen“ alle Lübecker Gruppen, Organisationen und Parteien, die sich gegen Rassismus und Neofaschismus engagieren, zu einem gemeinsamen Ratschlag ein.

Welche Probleme und Herausforderungen für antifaschistische und antirassistische Arbeit sehen wir in Lübeck? Wie schätzen wir die Situation und die aktuelle Gefahr von rechts ein? Welche Projekte und Aufgaben stellen sich für die zukünftige Arbeit in breiten Bündnissen? Zu diesen Fragen wollen wir gemeinsam diskutieren und – wenn möglich – Verabredungen treffen.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

15.00 Uhr **Begrüßung und Einleitung** (Wir können sie stoppen)

15.15 Uhr **Vorstellungsrunde** (alle)

Die teilnehmenden Gruppen stellen sich vor, nennen ihre hauptsächlichen Projekte und ihre Erwartungen an den Ratschlag. (jeweils 2-3 Minuten)

16.00 Uhr **Inhaltliche Inputs**

1 – Nazis in Lübeck (Antifaschistische Koordination Lübeck)

2 – Die Situation von Flüchtlingen in unserer Stadt (Lübecker Flüchtlingsforum)

16.30 Uhr **Pause**

17.00 Uhr **Arbeitsgruppen**

1 – Rassismus im Alltag

2 – Mit Recht gegen Rechts

3 – Nazis in Lübeck (Diskussion und Vertiefung des Inputs)

4 – Flüchtlinge in Lübeck (Diskussion und Vertiefung des Inputs)

5 – Gedenken und Gedenkpolitik

Lübecker Ratschlag gegen Rassismus und Neofaschismus

Bündnis "Wir können sie stoppen"

Bunte Schau als Kultur des Miteinanders

Schulen und Kirche aus St. Lorenz Nord haben eine gemeinsame Ausstellung entwickelt.

„Ich war fremd hier – think global, act local“. So heißt die Ausstellung, die am Mittwoch, 11. Juni, in der Bodelschwingh-Kirche, Richard-Wagner-Straße, eröffnet wird. Initialzündung der Schau war der gemeinsame Widerstand von Kirche und Schulen aus St. Lorenz Nord gegen den Aufmarsch der Neonazis im Stadtteil. Zu sehen sein werden 752 Exponate, darunter Bilder, Präsentationen und Erzählungen. Die dreiwöchige Schau ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Astrid-Lindgren-Schule, des Bildungszentrums Mortzfeld, des Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasiums, der Evangelisch-lutherischen Bodelschwingh-Gemeinde und der Gotthard-Kühl-Schule.

„Wir haben aus dem Schlechten kurzerhand etwas sehr Gutes gemacht“, sagt Bodelschwingh-Pastor

zwischen betreiben wir gemeinsam ein gut funktionierendes, großes Netzwerk“, sagen die Leiter der Kühl-Schule und des Burckhardt-Gymnasiums, Matthias Isecke-Vogelsang und Kay Glasneck. „Es ist die Kul-

tur des Miteinanders“, fügt Lorberg-Fehring hinzu. Das Bewusstsein sei geschärft. „Die ganze Stadt ist gewappnet“, ist sich Isecke-Vogelsang sicher.

Schier grenzenlos sind die Ideen von Schülern, Lehrern

und Geistlichen. Die Ausstellung wird unter anderem eine Mitmachwand zeigen, die dazu einladen soll, über eigene und fremde Herkunftsgeschichten nachzudenken. Was Heimat und der Ort für die letzte Ruhestätte der in Lübeck lebenden Muslime bedeutet, darüber will das Burckhardt-Gymnasiums informieren. Die Gotthard-Kühl-Schule stellt ihr Zentrum für Deutsch als Zweitsprache vor. Der elfte Jahrgang des Bildungszentrums Mortzfeld will mit kritischen Gedanken auf Flüchtlingsdramen dieser Zeit eingehen. Die Bodelschwingh-Gemeinde stellt Texte und Bilder aus dem Biografiearbeit-Projekt aus, die das Thema Fremdsein, Ankommen und Aufgenommen werden behandeln. „Auch ohne Widerstand machen wir gemeinsame Sache“, sagt Pastor Lor-

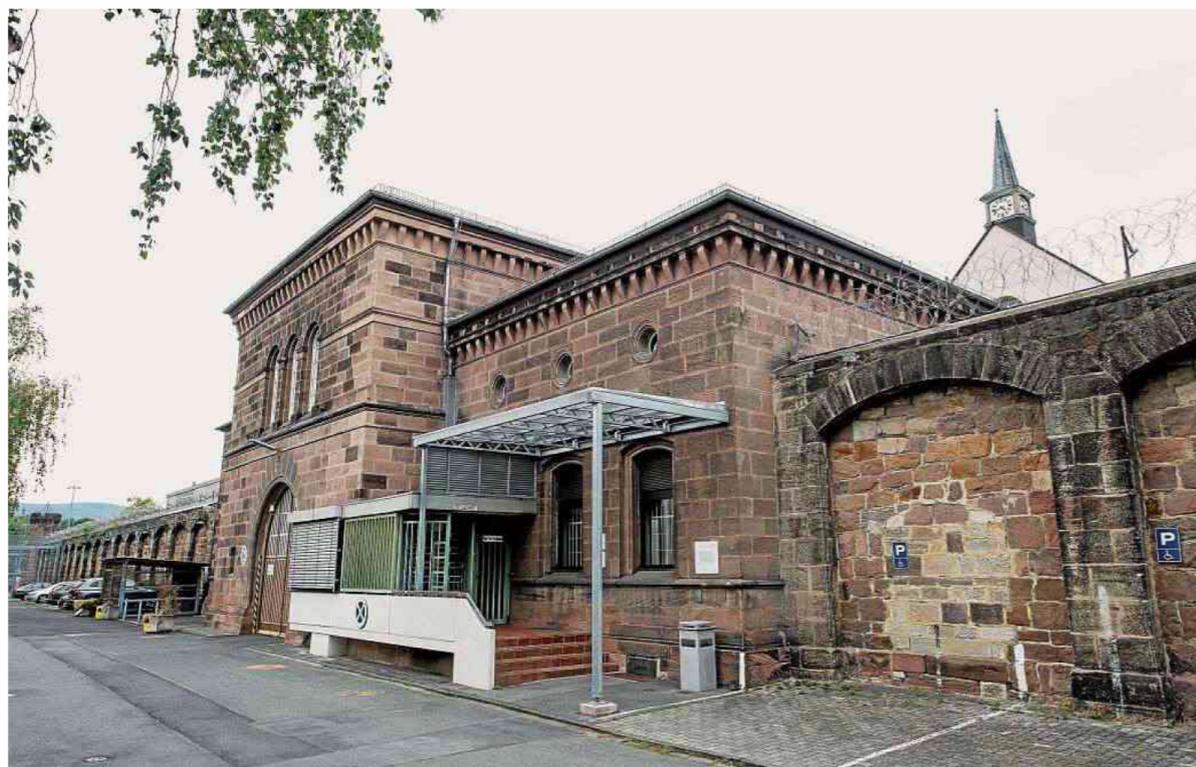


Rüdiger Knoll (Mortzfeld, v. l.), Dörte Harder (Lindgren-Schule), Matthias Isecke-Vogelsang, Kay Glasneck und Pastor Ole Cramer sowie Vikarin Barbara Hoffmann-Fette

Gute Praxis Lübeck

schulen und Kirchen

Der Lübcke-Mord



Hinter den dicken Festungsmauern der Justizvollzugsanstalt Kassel I sitzt nun der Tatverdächtige im Mordfall Lübcke.

SWEN PFORTNER/DPA

Welche Tragweite die Sache hat, wurde spätestens am Montag um 10.56 Uhr klar. Da lief eine dpa-Meldung über die Ticker, der zufolge der Generalbundesanwalt in Karlsruhe den Mordfall Walter Lübcke übernimmt. Die Karlsruher Behörde verfolgt Taten terroristischer Vereinigungen, kann aber auch dann übernehmen, wenn einem Fall „besondere Bedeutung“ zukommt. In Ermittlerkreisen hieß es am Morgen: „Wir haben Indizien für einen politischen Hintergrund.“

Der Präsident des Regierungsbezirks Kassel war in der Nacht zum 2. Juni gegen 0.30 Uhr tödlich verletzt auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen-Istha entdeckt worden. Jemand hatte aus nächster Nähe auf ihn geschossen. Der 65-Jährige war nicht zu retten und starb im Krankenhaus. Nun scheint die Klärung der Tat näher zu rücken.

Zwar war Lübcke schon 2015 ins Visier der rechtsextremistischen Szene geraten – nachdem er sich auf einer Informationsveranstaltung gegen Schmährufe von Flüchtlingsgegnern gewehrt und gesagt hatte, wer gewisse Werte des Zusammenlebens nicht teile,

Wachsendes Entsetzen

Nach der Festnahme des dringend Verdächtigen Stephan E. im Mordfall Walter Lübcke deutet alles auf ein rechtsextremistisches Tatmotiv

Von Markus Decker und Jan Sternberg

der könne das Land ja verlassen. In einem Film ist zu sehen, wie die Schmährufe danach noch anschwellen. Dennoch gingen die Sicherheitsbehörden offenbar bis zuletzt nicht von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte einen Ermittler mit dem Satz: „Vergessen Sie die Mutmaßungen über einen Täter aus der radikalen Szene, dafür gibt es keine Hinweise.“

Die Tatwaffe ist unauffindbar und Stephan E. schweigt

Dann aber nahmen Spezialeinheiten am frühen Samstagmorgen in Kassel den 45-jährigen Stephan E. fest, der unter dringendem Tatverdacht steht – und das aus zwei

Gründen. Erstens soll der Mann in der Vergangenheit Verbindungen in die rechtsextremistische Szene gehabt haben und – nach Informationen des Magazins „Der Spiegel“ – im Umfeld der hessischen NPD aktiv gewesen sein. 1993 soll er laut Wochenzeitung „Die Zeit“ ein Asylbewerberheim angegriffen haben. Am 1. Mai 2009 war er nach „Spiegel“-Informationen an Angriffen von Rechtsradikalen auf eine Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dortmund beteiligt. Der Verdächtige wurde damals wegen Landfriedensbruchs zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Damit herrschte zunächst Ruhe um ihn.

Nach Informationen des Redaktionsnetzwerks Deutschland

(RND) soll Stephan E. heute zur Kasseler Neonazi-Szene gehören. Der „Tagesspiegel“ schreibt, er stehe dem militanten Neonazi-Netzwerk „Combat 18“ nahe. Dafür gibt es bisher keine offizielle Bestätigung. Aber allein der Verdacht lässt alle Alarmglocken schrillen. Aus der Nähe von Kassel stammt nämlich auch Stanley R., der nach NDR-Recherchen ein Strippenzieher von „Combat 18“ ist. 2017 soll er an einem Schießtraining in Tschechien teilgenommen haben. Bei der Rückreise sei in seinem Wagen Munition gefunden worden, heißt es. Der zweite Verdachtsmoment gegen Stephan E. wiegt freilich noch stärker: Es wurden am Tatort DNA-Spuren des Mannes entdeckt. So gesehen passt jetzt alles zusammen. Allein

die Tatwaffe fehlt. Und der Verdächtige schweigt dem Vernehmen nach.

Ein Sprecher des Generalbundesanwalts sagte am Nachmittag, man gehe von einem rechtsextremistischen Motiv aus. Dafür sprächen das Vorleben des dringend tatverdächtigen Beschuldigten ebenso wie seine öffentlich geäußerten Meinungen. Im Übrigen habe man umfangreiches Beweismaterial sichergestellt, sagte der Sprecher weiter. Dies werte man nun aus. Die Suche nach etwaigen Hintermännern sei Teil der Ermittlungen.

Nach dem Tod Lübckes hatten zunächst hasserfüllte und hämische Reaktionen aus der rechtsextremistischen Szene im Internet für Empörung gesorgt. Sie hatte die Tat teilweise regelrecht gefeiert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte daraufhin, wie sich manche in den digitalen Netzwerken geradezu hermachten über Lübckes Tod, sei „zynisch, geschmacklos, abscheulich, in jeder Hinsicht widerwärtig“.

Jetzt, wo sich der Verdacht eines politischen Hintergrunds erhärtet, nimmt das Entsetzen weiter zu. Der Vorsitzende des Parla-

WAS WANN GESCHAH

Vor mehr als zwei Wochen wurde Kassels Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) erschossen. Seit Sonntag sitzt ein Verdächtiger in Untersuchungshaft. Nach Hinweisen auf einen rechtsextremistischen Hintergrund hat der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen. Die Chronologie der Ereignisse:

2. Juni: Ein Angehöriger findet um 0.30 Uhr Lübcke mit einer Kopfverletzung auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen-Istha (Kreis Kassel). Gegen 2.35 Uhr wird der Tod Lübckes festgestellt. Polizei und Landeskriminalamt ermitteln wegen unklarer Todesumstände.

3. Juni: Die Ermittler erklären, dass Lübcke durch einen Kopfschuss aus nächster Nähe getötet wurde. Täter und Motiv sind unklar. Eine 50-köpfige Sonderkommission wird eingerichtet.

5. Juni: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kritisiert Reaktionen in sozialen Netzwerken zu Lübckes Tod, die „zynisch, geschmacklos, abstoßend, in jeder Hinsicht widerwärtig“ seien. In der

ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY ... ungelöst“ bitten Ermittler um Zeugenhinweise. Über 200 Hinweise gehen in den folgenden Tagen ein.

8. Juni: Bei einem Polizeieinsatz an einem Nordsee-Fährhafen wird eine Person in Gewahrsam genommen und einige Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt. Es hätten sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass der Mann an der Tat beteiligt war, erklären die Ermittler.

13. Juni: In Kassel nehmen mehr als 1300 Menschen bei einem Trauergottesdienst Abschied von Lübcke.

15. Juni: Spezialeinheiten der Polizei nehmen in Kassel einen 45-jährigen Tatverdächtigen fest. Grund seien DNA-Spuren.

16. Juni: Gegen den Mann wird Untersuchungshaft erlassen, er kommt in die Justizvollzugsanstalt Kassel I. Die Ermittler sprechen erstmals von Mord als Tatvorwurf.

17. Juni: Nach Hinweisen auf einen rechtsextremistischen Hintergrund übernimmt der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. dpa

brauchen entschlossene Aufklärung und wirksame Maßnahmen gegen rechtsterroristische Strukturen.“

Die „ganze Härte des Rechtsstaates“ wird gefordert

Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, die Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel hofften, dass so schnell wie möglich geklärt werde, wer Lübcke warum erschossen habe. „Davon abgesehen kann man dem Bundespräsidenten nur zustimmen, der neulich sagte, dass die zahlreichen rechtsextremistischen Hasskommentare im Netz nach dem Tod von Herrn Lübcke abstoßend und widerwärtig waren“, so Seibert.

Auch die von Drohungen und Einschüchterungen Betroffenen machen sich Sorgen und möchten, dass die Fakten ans Licht

kommen. „Wenn sich die Verdachtsmomente bestätigen, dann muss das umfassend aufgeklärt werden“, sagte der Bürgermeister der westfälischen Stadt Altena, Andreas Hollstein. „Das wäre eine neue Dimension, gegen die man mit der ganzen Härte des Rechtsstaates vorgehen muss. Man darf den Rechtsextremisten keinen Millimeter Spielraum lassen.“

Hollstein war am Abend des 27. November 2017 von einem 56-Jährigen mit einem Messer attackiert worden, der sich während des Angriffs abfällig über Hollsteins liberale Flüchtlingspolitik äußerte. Hollstein hatte mit Lübcke aber nicht nur seine liberale Haltung gegenüber Asylsuchenden gemein, sondern auch das CDU-Parteibuch. Was die beiden trennt: Hollstein hat überlebt. Lübcke ist tot. Der verheiratete Vater von zwei erwachsenen Kindern wurde am vergangenen Samstag beerdigt.

mentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, Armin Schuster, sagte auf Anfrage: „Sollte es sich tatsächlich um einen politisch motivierten Mordanschlag handeln, wäre das nicht nur ein besonders abstoßendes Verbrechen, sondern angesichts der hetzerischen Stimmung gegen das Opfer auch ein entsetzlicher Skandal.“ Er fügte hinzu: „In bestimmten bürgerlichen Milieus verschwimmen die Grenzen zum Extremismus immer stärker.“ Alle öffentlichen Anfeindungen gegen Lübcke müssten „in jedem Einzelfall konsequent ausermittelt werden“, forderte der CDU-Politiker. Dabei sei es auch wichtig, zu klären, ob der Mord die Tat eines Einzelnen gewesen sei oder nicht.

Schuster war Mitglied jener beiden Untersuchungsausschüsse des Bundestages, die sich nach 2011 mit den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) beschäftigten, der gezielt neun Migranten und eine Polizistin erschossen hatte und über zehn Jahre lang in Sachsen untertauchen konnte. Jetzt ist der Christdemokrat mit der Aufklärung etwaiger rechtsextremistischer Strukturen in den Sicherheitsbehörden befasst.

Nicht bloß Schuster ist alarmiert. Beim letzten Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Mai hatte dessen neuer Präsident Thomas Haldenwang in bisher nicht gekannter Deutlichkeit vor den Gefahren des Rechtsextremismus gewarnt und dabei wie Schuster auf fließende Übergänge zur gesellschaftlichen Mitte verwiesen. Derlei hatte man von seinem Vorgänger Hans-Georg Maaßen nicht gehört. Dieser hatte den Fokus stets auf den Islamismus gelenkt und wurde schließlich nach langem Hin und Her abgelöst, nachdem er die rechtsextremistischen Ausschreitungen von Chemnitz relativiert hatte.

Linke, Grüne und FDP werden in Sachen Aufklärung konkret. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz sagte auf Anfrage: „Eine Sondersitzung des Innenausschusses ist angesichts der dramatischen und beunruhigenden Entwicklungen im Fall Lübcke unausweichlich.“ Eigentlich würde der Ausschuss erst Mitte kommender Woche wieder tagen; nun dürfte es schneller gehen. FDP-Innenexperte Benjamin Strasser erwartet nach eigenen Worten ebenfalls eine kurzfristige Einberufung des Gremiums. Die Linken-Politikerin Martina Renner hatte die Forderung schon am Sonntag erhoben.

FDP-Parlamentarier Strasser betonte: „Seit Jahren nehmen Drohungen aus dem rechtsextremen Umfeld gegen Politiker und Andersdenkende zu. Die Bundesregierung verweigert schon zu lange, die Strukturen und das Gewaltpotential der rechtsextremen Szene gegenüber dem Parlament konsequent offenzulegen. Wir

Braune Kameraderie

Die Kasseler Neonazi-Szene gilt als gewaltbereit

VON HANNING VOIGTS

Es ist nicht das erste Mal, dass Kassel mit rechtem Terrorismus in Verbindung gebracht wird. Spätestens seit Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) 2011 wird die Neonazi-Szene der Stadt und ihres Umlands auch in der breiten Öffentlichkeit mit anderen Augen gesehen. Am 6. April 2006 war der 21-jährige Halit Yozgat in seinem Internet-Café in Kassel erschossen worden, heute wird die Tat dem NSU zugeschrieben. Da nur zwei Tage zuvor, am 4. April 2006, der Kioskbetreiber Mehmet Kubaşık in Dortmund vom NSU ermordet worden war, wird immer wieder die Frage diskutiert, ob die beiden Morde in Verbindung standen – und ob es in beiden Städten rechte Strukturen gab, die den Mordern halfen.

Tatsächlich gab es Anfang der 2000er Jahre in Kassel eine militante Neonazi-Szene, die sich zu rechten Terrorkonzepten bekannte. Diese gewaltbereite Szene wurde auch im NSU-Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages thematisiert, der die Hintergründe des Mordes an Halit Yozgat untersuchte. So hatte sich im Umfeld der Dortmunder Neonazi-Band „Oidoxie“ eine Truppe namens „Oidoxie-Streetfighting-Crew“ gebildet, der auch Neonazis aus Kassel angehörten. Oidoxie trat damals als zentrale Band von „Combat 18“ („Kampfgruppe Adolf Hitler“) auf, dem bewaffneten Arm des in Deutschland verbotenen Netzwerks „Blood and Honour“. In ihren Texten bekannte Oidoxie sich offensiv zu rechtem Terrorismus.

Zur „Streetfighting Crew“ gehörte auch der Kasseler Neonazi Michel F., der heute mit der „Hardcore Crew Cassel“ eine eigene Gang betreibt und als Zeuge im NSU-Ausschuss behauptete, mit der rechten Szene gebrochen zu haben. Ein weiterer Nordhesse aus dem damaligen Umfeld der „Streetfighting Crew“, der bis heute für Schlagzeilen sorgt, ist Stanley R. Im März 2018 war R. wegen eines fahrlässigen Versto-

ßes gegen das Waffengesetz zu einer Geldstrafe verurteilt worden: 2017 hatte er nach einer Schießübung deutscher Neonazis in Tschechien, die von den Behörden Combat 18 zugerechnet werden, zwei Patronen nach Deutschland eingeführt. Anfang dieses Jahres saß R. zwischenzeitlich in Untersuchungshaft, weil die Generalstaatsanwaltschaft München ihn und elf andere Neonazis verdächtigt, gegen das Vereinsgesetz verstoßen und „Blood and Honour“ trotz des Verbots fortgeführt zu haben.

Auch in der weniger klandestinen organisierten rechten Kameradschaftszene gibt es in Kassel bekannte Strukturen. Im Herbst 2015 verbot Hessens Innenminister Peter Beuth die als Verein organisierte Kasseler Neonazi-Kameradschaft „Sturm 18“. Bei einer Razzia im August 2014 waren unter anderem Waffen und NS-Propaganda sichergestellt worden. Kopf von „Sturm 18“ ist der als extrem gewalttätig geltende Neonazi Bernd Tödter. Im Juni 2016 war Tödter zuletzt wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Anstiftung zur Körperverletzung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass Tödter und seine Kameraden eine Woche lang einen Mann festgehalten und gequält hatten, der bei „Sturm 18“ aussteigen wollte.

Neben der Gewaltbereitschaft betonten Experten im hessischen NSU-Ausschuss immer wieder die überregionale Vernetzung der Kasseler Szene – vor allem nach Thüringen und Nordrhein-Westfalen. Auch der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder, Gründer der 1980 zerschlagenen Terrororganisation „Deutsche Aktionsgruppen“, war seit den 70er Jahren unweit von Kassel ansässig: In der Kleinstadt Schwarzenborn besaß er nach eigenen Angaben einen „Reichshof“, der als Treffpunkt der rechten Szene diente. Die „Deutschen Aktionsgruppen“ hatten 1980 mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge verübt, unter anderem gegen Flüchtlingsunterkünfte.



Trauergottesdienst in Kassels Martinskirche für Regierungspräsident Walter Lübcke.

SWEN PFÖRTNER/DPA

Weltflüchtlingstag

Am 20. Juni erinnern die UN an das Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten.

	2015	2016	2017	2018	2019*
Übers Meer in Europa angekommen	1 015 877	363 425	172 324	116 647	22 735
Auf dem Meer gestorben	3771	5096	3139	2275	539
Zahl der Toten auf 10 000 Angekommene	37	140	182	195	237

* bis 10.6.2019

Herr Ziegler, Sie haben sich mit der Hilfsorganisation Medico International kürzlich die Sammellager für Flüchtlinge auf den griechischen Inseln angesehen – und gehen hart mit den Verantwortlichen ins Gericht. Warum?

Es gibt fünf sogenannte Hotspots, Lager in desolaten Zuständen, um abzuschrecken und Flüchtlinge zurückzuhalten. Das größte Lager ist Moria auf Lesbos, außerdem gibt es die Sammelanrichtungen auf Chios, Samos, Leros und Kos. Amnesty International berichtete im Januar von 17 900 Menschen. Die Lager sind ausgelegt für nur 6400 Menschen – es herrscht also totale Überbelegung. 75 Prozent der Menschen sind Afghanen. Der Anteil von Frauen und Kindern beträgt knapp über 50 Prozent. Das ist die Statistik.

Wie sieht es in Moria aus?

Im Lager Moria auf der Insel Lesbos leben die Flüchtlinge in und an einer ehemaligen Kaserne für 1200 Soldaten. Dort sind nun mehr als 8000 Menschen. Die neu Ankommenden bleiben in den Olivenhainen vor dem Gelände, dorthin werden sie ausgelagert. Die humanitäre Situation ist dort am schlimmsten.

Wie steht es um sanitäre Anlagen, um die Sicherheit im Camp

und die medizinische Versorgung?

Es gibt nur mangelhafte sanitäre Anlagen. Die Fäkalien liegen offen herum zwischen den Zelten. Hundert Bewohner müssen sich eine Dusche teilen, warmes Wasser ist nicht vorhanden. Es gibt Probleme mit Ratten, Mäusen und sonstigem Ungeziefer. Es gibt zwar Toiletten, aber die sind dauernd verstopft. Verschlimmert wird das noch durch die Unsicherheit. Es wurden schon Frauen angegriffen und vergewaltigt, deshalb gehen die meisten nachts nicht auf die Toilette und verrichten ihre Notdurft im Freien. Es gibt zwar einen Polizeiposten im Camp, die Polizisten aber schließen sich über Nacht ein. Die Gewaltverbrechen, die regelmäßig

passieren, werden nicht geahndet. Es fehlt an Medikamenten. Es gibt gerade mal einen Militärarzt. Und außerhalb des Lagers gibt es einige Helfer von Ärzten ohne Grenzen, die ihr Möglichstes tun. Viele in Moria sind krank oder haben Läuse. Viele Bewohner leiden auch an Durchfall.

Was wird für die Kinder unter den Bewohnern getan?

Mehr als ein Drittel der Bewohner in Moria sind Kinder unter zehn Jahren. Es gibt keine Betreuung dieser Kinder, keine Schulen. Die sind dort für zwei oder drei Jahre, spielen da im Unrat, im Dreck, ohne Spielzeug. Das Schlimmste sind die Suizidversuche und die Selbstverstümmelung der völlig verzweiferten Menschen im Lager.

Das kommt drei-, viermal pro Woche vor – leider auch unter Kindern.

Werden die Menschen ausreichend mit Nahrung versorgt?

Nein, es herrscht ein eklatanter Mangel. Athen erhielt über eine Milliarde Euro von der EU für die Versorgung der Hotspots, federführend ist das griechische Verteidigungsministerium. Nahrungsausgabe im Camp ist dreimal am Tag. Für die Bewohner heißt das, jeweils zwei bis drei Stunden für das Essen anzustehen. Geliefert wird die Verpflegung von Cateringfirmen, die einen Vertrag mit dem Ministerium haben. Sie sollen die Versorgung sicherstellen, aber das Essen ist oft ekelhaft und ungenießbar. Vieles da-

von, das Fleisch etwa, stinkt so sehr, dass es meist direkt von den Flüchtlingen weggeworfen wird. Das kann man nicht essen.

Wie erklären Sie sich diese Probleme?

Ich bin sicher, da ist Korruption im Spiel. Das Geld aus den Verträgen wird von korrupten Entscheidungsträgern abgeschöpft; sie bereichern sich. Im Ergebnis herrscht organisierte Mangelernährung im Camp. Tausende leiden und werden krank.

Können die Menschen ihre Rechte wahrnehmen, zum Beispiel das auf Asyl?

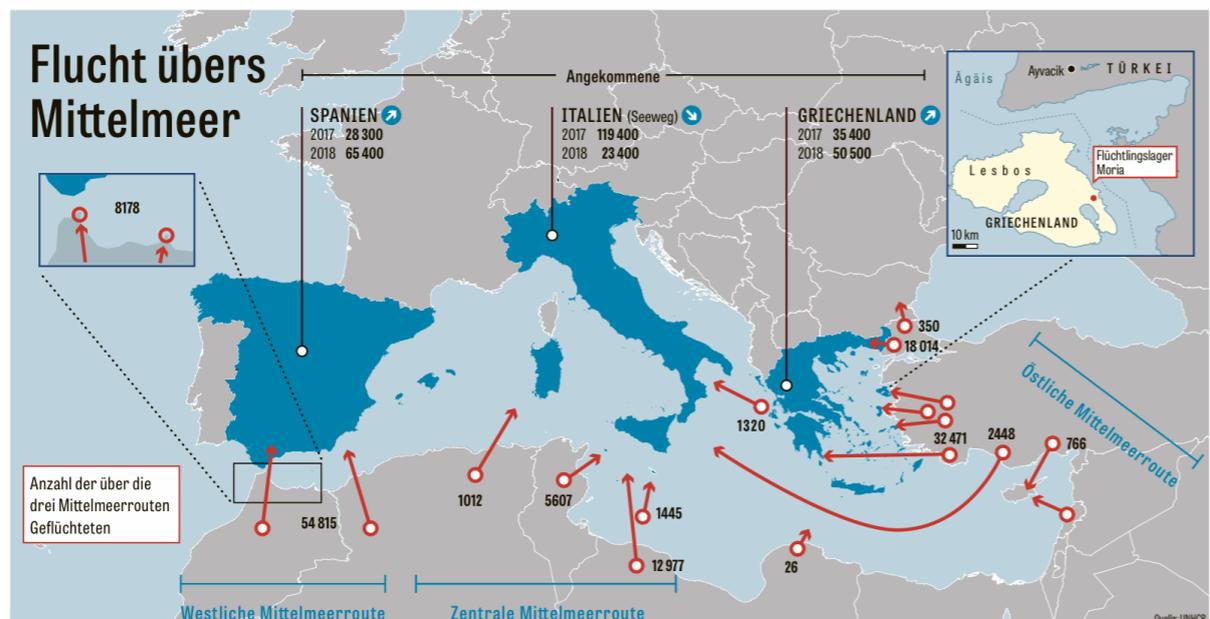
Die Kriegsschiffe der Europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex bringen Gummiboote mit den Flüchtlingen auf. Die Menschen werden dann direkt zurückgeführt in die türkischen Häfen. Ohne die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Das geschieht hundert- und tausendfach und ist in dieser Menge ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und es ist natürlich eine Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention der UN von 1951.

Und wer es dann doch nach Lesbos schafft?

Der wird von verummten Polizei-Patrouillen aufgesammelt und

„Diese Lager sind die Schande Europas“

Gewalt, Hunger, Rechtslosigkeit: Publizist Jean Ziegler über die Zustände in griechischen Flüchtlingscamps und die Verantwortung der EU



ZUR PERSON



Jean Ziegler ist Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates und globalisierungskritischer Autor. Sein aktuelles Buch „Was ist so schlimm am Kapitalismus?“ ist erschienen im C. Bertelsmann Verlag, München 2019. C. BERTELSMANN

per Bus ins Lager Moria gebracht. Es werden die Personalien aufgenommen. Dann beginnt das lange Warten zur Vorladung der Kommission. Formell wird das Verfahren von Griechenland geführt, de facto aber von der EU-Behörde EASO – dem European Asylum Support Office. EU-Beamte prüfen das Asylgesuch. Meistens warten die Menschen mehr als ein Jahr, bevor sie überhaupt angehört werden. In dieser Zeit, so berichtet es mir auch die Organisation Ärzte ohne Grenzen, leben sie in den Hotspots unter schlimmsten Bedingungen. Ich habe bei meinem Besuch mit mehreren afghanischen Familien gesprochen, denen erst im Juni 2020 der erste Befragungstermin gegeben wurde. Sie werden hingehalten und so in die Verzweiflung getrieben. Man hat das Recht, ein Asylgesuch einzureichen. Das wird hier faktisch verhindert.

Können sich die Menschen juristisch dagegen wehren?

Es gibt eine sehr lobenswerte Initiative, den Refugee Support Aegean. In ihm sind zwölf lokale Anwälte organisiert und die reichen in einzelnen Fällen Klagen ein, gegen Abschiebungen etwa. Es sind wirklich großartige Leute aus Griechenland, die von Medico International und von Pro Asyl unterstützt werden. Das Appellationsgericht in Athen kennt im Fall einer Zurückweisung eines Antrags meist nur den Bericht der EASO. Den Asylsuchenden sieht es nie. Der kann sich aber von einem Anwalt vertreten lassen. Dann kann man bis vors Verfassungsgericht gehen – und das machen diese Anwälte. Auch die EASO kennt die Einstufung von Menschen als „vulnerable“, also verwundbaren Personen. Vorrangiges Ziel der Juristen ist es, die Befreiung dieser Menschen aus den Lagern zu erreichen: Dazu zählen etwa Schwangere, Verletzte, Hochbetagte, Kinder oder unbegleitete Minderjährige. Es dürfen einige Tausend Menschen auf den griechischen Inseln sein, die in diese Kategorie fallen.

Wozu dient das Lager Moria?

Moria ist die Hölle. Die Zustände dort gleichen denen in einem Konzentrationslager. Das sagt mir die örtliche Einsatzleiterin von Ärzten ohne Grenzen, Caroline Willeman. Und sie benutzt dieses fürchterliche Wort ganz bewusst. Die EU verfolgt mit diesen Hotspots eine politische Strategie der Abschreckung. Das ist für mich nicht hinnehmbar, weil diese Lager ein totaler Rechtsbruch sind. Sie sollen andere Fluchtwillige von ihrem Vorhaben abbringen. Menschenrechte werden von griechischen Behörden auf Anwei-



Ein Einsatz von vielen: Rettungsversuch eines Schiffes der „SOS Mediterranee“ im Januar 2018 vor der libyschen Küste. L. SCHMID/SOS MEDITERRANEE/DPA

sung der EU mit Füßen getreten. Und: Es funktioniert nicht. Die Betonköpfe in Brüssel wollen Abschreckung. Aber die Flüchtlinge wissen um die Lager, und dennoch kommen immer wieder Leute unter höchster Gefahr auf die Inseln. Wenn man in seiner Heimat bombardiert wird, wenn man täglich um seine Familie fürchten muss, dann flieht man, und es ist einem alles andere egal.

Was muss aus Ihrer Sicht geschehen, um die Lage zu verändern?

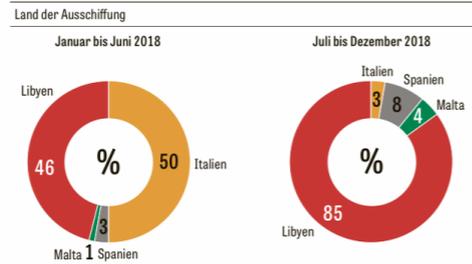
Diese Lager sind die Schande Europas und müssen sofort aufgelöst werden. Und die Menschen müssen ein anständiges Asylverfahren bekommen. Gleichzeitig sollten die Bürger Europas aufgeklärt werden über die Lager. Viele wissen gar nicht, was da passiert. Auch vor der Europawahl im Mai wurde zu diesem Thema, wird immer noch geschwiegen. Übrigens teilt die Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights meine Bedenken. Sie erhebt schwere Vorwürfe gegen die EASO und beschwerte sich vor zwei Jahren bei der Ombudsfrau der EU, Emily O'Reilly. Die Ombudsfrau schreibt, sie teile die ernststen Bedenken gegen die EASO. Passiert aber ist seither nichts.

Was folgt daraus für Ihre Arbeit für den UN-Menschenrechtsrat?

Bei der nächsten Sitzung des Beratenden Ausschusses werde ich den Antrag stellen, dass wir vom UN-Menschenrechtsrat die evidenten, himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen verurteilen und dass der Rat verlangt, diese Hotspots sofort zu verbieten und aufzulösen. Das hängt aber von der Arbeit des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte ab und vom Einsatz von Pro Asyl, Medico international, von Ärzten ohne Grenzen. Sie alle leisten Großartiges. Sie sind dabei aber auf den Aufstand der öffentlichen Meinung angewiesen.

INTERVIEW: GÖTZ NAWROTH-RAPP

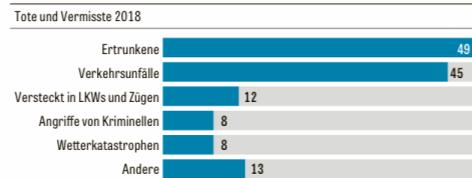
Retten vor der libyschen Küste



ITALIEN WEIST AB

Am 9./10. Juni 2018 rettete das Schiff „Aquarius“ 230 Menschen aus Seenot. Italien weigerte sich, die Menschen an Land zu lassen – ein Präzedenzfall. Der Organisation Ärzte ohne Grenzen zufolge gab es seither mindestens 18 solcher Fälle. Insgesamt mussten Schiffe mit geretteten Menschen 140 Tage auf See ausharren, während die EU darüber diskutierte, ob sie an Land gelassen würden. Zehntausende wurden ins Bürgerkriegsland Libyen zurückgebracht. erb

Gefährliche Landroute



Angekommen in Europa 2018

